Zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Die Einladung und Zusendung der Unterlagen erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 15 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der Jugendhilfeausschuss ist beschlussfähig.

zugestimmt

Zu TOP 4 Bestätigung der Tagesordnung

Der TOP „Vorstellen der Mitglieder des Jugendhilfeausschuss und der Vertreter der Verwaltung des Jugendamtes“ fand als TOP 1 statt. In die Tagesordnung wurde als TOP 10 der „Antrag von der Fraktion Die Linke.Piraten – Einführung der papierfreien Arbeit im Kreistag“ eingefügt und der TOP „Sonstiges“ als neuer 14. Punkt aufgenommen.

Die Tagesordnung mit Änderungen wurde einstimmig beschlossen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 5 Wahl der Wahlkommission

Herr Lampert erklärt die Aufgabe der Wahlkommission. Der Vorschlag, die Wahlkommission aus Trägervertretern aufzustellen, wurde angenommen.

In die Wahlkommission wurden Frau Meißner, Frau Hubert und Herr Strey gewählt.

Zu TOP 6 Wahl des/der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschuss

Frau Karkowsky erklärt das Vorgehen bei der Wahl. Zunächst wird der Vorsitz gewählt.

Für den ersten Wahlgang stellen sich Frau Scheufele, Herr Wende und Herr Wuttke zur Wahl.

Das Ergebnis des Wahlgangs:

- Erdmute Scheufele – 4 Stimmen
- Stephan Wende – 8 Stimmen
- Ronny Wuttke – 3 Stimmen

Herr Wende wird im 1. Wahlgang mehrheitlich als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses gewählt.

Mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 7 Wahl der Stellvertretung des/der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschuss

Frau Karkowsky erklärt das Vorgehen bei der Wahl. Die Stellvertretung des/der Vorsitzenden wird gewählt.

Für den ersten Wahlgang stellen sich Herr Hamacher, Frau Scheufele und Herr Wuttke zur Wahl.

Das Ergebnis des Wahlgangs:

- Kai Hamacher – 2 Stimmen
- Erdmute Scheufele – 9 Stimmen
- Ronny Wuttke – 4 Stimmen

Frau Scheufele wird im 1. Wahlgang mehrheitlich als stellvertretende Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses gewählt.

Mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 8 Übernahme der Sitzungsleitung durch den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Jugendhilfeausschuss

Herr Wende übernimmt die Sitzungsleitung.

Zu TOP 9 Wahl der Mitglieder des Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Frau Karkowsky erklärt das Vorgehen der Wahl. Laut Satzung des Jugendamtes gehören dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung mindestens 8 und bis zu 13 Mitglieder an. Es sind 7 Sitze bereits vergeben durch den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses und seine Stellvertretung, den Jugendamtsleiter sowie den Sprechern der AG nach § 78 SGB VIII aus den vier Planungsräumen. Somit können noch bis zu 6 weitere Plätze besetzt werden.

Für den 1. Wahlgang stellen sich Frau Dr. Böger, Frau Buhrke, Frau Hubert, Frau Meißner, Frau Rimpler, Herr Strey und Herr Wuttke zur Wahl.

Das Ergebnis des Wahlgangs:

- Dr. Astrid Böger – 12 Stimmen
- Barbara Buhrke – 13 Stimmen
- Heike Hubert – 15 Stimmen
- Birgit Meißner – 12 Stimmen
- Anne Rimpler – 12 Stimmen
- Eiko Strey – 13 Stimmen
- Ronny Wuttke – 12 Stimmen

Mit dem 1. Wahlgang sind Frau Buhrke, Frau Hubert und Herr Strey in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung gewählt.

In den 2. Wahlgang gehen Frau Dr. Böger, Frau Meißner, Frau Rimpler und Herr Wuttke.

Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs:

- Dr. Astrid Böger – 11 Stimmen
- Birgit Meißner – 11 Stimmen
- Anne Rimpler – 9 Stimmen
- Ronny Wuttke – 12 Stimmen

Im 2. Wahlgang sind zusätzlich zum 1. Wahlgang Frau Dr. Böger, Frau Meißner und Herr Wuttke in den Unterausschuss gewählt.

Mehrheitlich zugestimmt

**Zu TOP 10 Einführung der papierfreien Arbeit im Kreistag
Vorlage: 6/DIE LINKE/2019**

Herr Wende stellt den Antrag zur Einführung der papierfreien Arbeit im Kreistag vor. Er verweist auf die Richtlinie des Landes, dass zu Beginn jeder Abgeordnete in Höhe seiner Aufwandsentschädigung eine Sonderzahlung erhalten kann. Diese kann für die mobile technische Ausstattung (z. B. Tablets) eingesetzt werden, um an jedem Ort die Beschlussvorlagen aufrufen zu können.

Herr Hamacher begrüßt den Vorschlag, gibt aber zu bedenken, dass die Fraktionen noch nicht getagt haben. Somit kann dies in der Perspektive noch nicht abschließend bewertet werden.

Herr Aulich befürwortet den Antrag ebenfalls. In diesen Zusammenhang sollte zudem über frei zugängliches WLAN in den Sitzungsräumen - mit einem festen Umsetzungstermin dessen - nachgedacht werden.

Frau Zarlning gibt zu bedenken, dass aufgrund der rechtlichen Vorgaben, z. B. Einladungsfrist, nur eingeschränkt papierlos gearbeitet werden kann. Bei den zusätzlichen Daten (z. B. Präsentationen) wäre eine digitale Form denkbar.

Herr Wende möchte dazu in Austausch gehen und empfiehlt Erfahrungen aus papierlosen Ausschüssen zur Entscheidung heranzuziehen.

Der Antrag wurde einstimmig empfohlen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 11 Information zur Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses/Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 22.08.2019

Herr Lampert informiert über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 22. August 2019. Diese findet in Form einer Klausurtagung zu den Rechten, Aufgaben, Kompetenzen, der Arbeitsweise und Sitzungsstruktur sowie einer wirksamen Zusammenarbeit des neu gewählten Jugendhilfeausschusses statt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 12 Information zum Brandenburger Erziehunghilfetag am 30.09./01.10.2019

Frau Karkowsky informiert über den 5. Brandenburgischen Erziehunghilfetag am 30. September und 1. Oktober 2019 im Bildungszentrum in Erkner.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 13 Information der Verwaltung

Herr Lampert informiert über Themen der Verwaltung.

Der Sitzungsplan des Kreistages und seiner Ausschüsse für 2020 kann erst im Kreistag im Dezember beschlossen werden, da auf die Plenarsitzungstermine des Landtages gewartet wird.

Es gibt zwei neue Mitarbeiter im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes. Herr Gall besetzt eine Sozialarbeiterstelle im Team Süd. Herr Schramm besetzt eine Sozialarbeiterstelle im Team Nord.

Die Nebenstelle in Fürstenwalde am Bahnhof hat eine neue Adresse. Die Adresse lautet „Am Bahnhof 1e“.

Frau Christiani informiert über das „Gute-Kita-Gesetz“ und über Änderungen ab dem 1. August 2019. Sie teilt mit, dass Bezieher von Sozialleistungen von Kita-Beiträgen befreit sind. Zusätzlich im Land Brandenburg sind auch Geringverdiener (unter 20.000 Euro) befreit. Die Träger müssen entsprechend ihre Satzung ändern. Dafür gilt eine Frist bis zum 31. Juli 2020.

Weiterhin gibt es eine Richtlinie im Land Brandenburg über die Gewährung von verlängerten Betreuungszeiten. Es war lang gefordert höhere Betreuungsleistungen stärker zu finanzieren. Es gibt nun eine Pauschale pro Kind, welches über 10 Stunden betreut wird, pro Jahr in Höhe von 600 Euro.

Zudem wurde über die Unterstützung der Gründung eines Kreiskitaelternbeirates informiert. Der Landkreis Oder-Spree hat bereits einen Beirat gegründet. Dieses wird durch die Verwaltung des Jugendamtes unterstützt und begleitet.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 14 Sonstiges

Fall Hannes:

Herr Hamacher thematisiert die Artikel des Spiegels und der Märkischen Oderzeitung zum Fall Hannes. Am Montag tagte zu diesem Thema der Petitionsausschuss. Herr Hamacher fragt an, ob eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zu dem Fall möglich wäre.

Herr Wende erläutert, dass der Fall bereits in der letzten Sitzung der alten Wahlperiode thematisiert wurde. Er gibt zu Protokoll, dass allgemeine Fragen zum Fall beantwortet wurden, jedoch Fragen die nur aus der Akte heraus beantwortet werden können, aufgrund des Datenschutzes, seiner Ansicht nach, offen blieben. Daher stellt er die Frage, inwieweit nun eine Entbindung der Schweigepflicht vorliegt.

Herr Lampert antwortet, dass die Ergebnisse des Petitionsausschusses im Kreistag bekannt gegeben werden. Er bittet darum, dass die zukünftige Kommunikation in dem Fall über die Verwaltung und nicht über die Medien läuft. Es gab Morddrohungen in dem Zusammenhang und dieses sollte nicht weiter eskalieren. Um volle Transparenz zu schaffen, hat die Familie die gesamte Fallakte erhalten sowie der Petitionsausschuss die Möglichkeit die gesamte Akte einzusehen.

Die Schweigepflichtsentbindung liegt vor, jedoch nur für Kreistagsabgeordnete.

Herr Aulich gibt zu bedenken, dass zwei Fraktionen im Petitionsausschuss fehlen, welche die Informationen nicht erhalten. Hierbei sei es die Pflicht des Petitionsausschusses alle Kreistagsmitglieder zu informieren.

Herr Hamacher schließt sich Herrn Aulich an und führt aus, dass aus seiner Sicht eine Anpassung dessen erfolgen sollte, dass pro Fraktion ein Mitglied im Petitionsausschuss ist.

Herr Wende verweist diese Anmerkung in den Kreistag, da der Jugendhilfeausschuss zur Klärung dessen das falsche Gremium darstellt.

Herr Wende führt weiter aus, dass er den Petitionsausschuss nicht als geeignetes Gremium für die fachliche Bewertung des Falles sieht. Der Jugendhilfeausschuss ist aus seiner Sicht der Fachausschuss, welcher über Konzeptionen, Standards etc. entscheidet und somit sollte in diesem darüber gesprochen werden.

Herr Lampert bittet darum keine vorzeitigen Schlüsse zu ziehen bevor der Prozess beim Petitionsausschuss abgeschlossen ist. Er führt aus, dass die Verwaltung sehr kritisch mit Prozessen umgeht. Weiterhin sollte im Dialog geblieben werden, um die Transparenz und das Vertrauen zueinander zu erhalten.

Herr Hamacher bringt ein, dass der Petitionsausschuss gebeten werden sollte, dass die Beurteilung des Falles an den Jugendhilfeausschuss abgegeben wird. Er wird dieses im Kreistag zu dem Thema einbringen.

Weitere Anfragen:

Herr Strey erläutert, dass es eine Empfehlung des Landes Brandenburg zur Anpassung des Taschengeldes gibt. Er fragt an, inwieweit der Landkreis Oder-Spree in die Erarbeitung involviert war und wie die Pläne zur Umsetzung hierbei sind.

Herr Saupe antwortet, dass die Empfehlungen dem Landkreis bekannt sind und eine Mitarbeiterin an der Erarbeitung der Empfehlungen beteiligt war. Die Empfehlungen sollen der Gleichbehandlung aller Kinder und Jugendliche in stationären Kontexten im Land Brandenburg dienen. Die entsprechende Abstimmung zur Umsetzung ist zwischen dem MBSJ und den Jugendamtsleitern noch nicht erfolgt. Sollte es zu einer Anpassung kommen, muss die entsprechende Richtlinie des Landkreises überarbeitet werden, welche dann zur Beschlussfassung in den Kreistag geht.

Herr Strey fragt weiter an, wie es sich mit der Erhöhung des Schulbedarfes verhält und ob eine Anpassung der Richtlinie angedacht ist.

Herr Saupe antwortet, dass es eine Änderung im Bildung- und Teilhabegesetz gibt, welche eine Erhöhung beim Schulbedarf von 100 € auf 150 € vorsieht. Hierbei dürfen Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen nicht benachteiligt werden. Die Verwaltung des Jugendamtes ist sich darüber bewusst, dass eine Überarbeitung der Richtlinie diesbezüglich erforderlich ist.

Stephan Wende
Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses

Elisa Karkowsky
Schriftführer